

Kwasniewski, Klaus

Article — Digitized Version

Die britische Erpressung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kwasniewski, Klaus (1974) : Die britische Erpressung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 4, pp. 166-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134663>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus Kwasniewski

Die britische Erpressung

Bei den britischen EG-Beitrittsverhandlungen 1963 und 1967, die jeweils am Veto de Gaulles scheiterten, soll der französische General gesagt haben, daß die Briten selbst eigentlich gar nicht Mitglied der Gemeinschaft werden wollten.

Heute scheint es, als hätte de Gaulle recht behalten. Denn warum sonst hat der britische Außenminister Callaghan in Luxemburg seinen europäischen Amtskollegen in recht rüdem Ton mitgeteilt, daß Großbritannien aus der EG austreten werde, wenn die Gemeinschaft einige zusätzliche britische Forderungen nicht erfüllen würde?

Tatsächlich findet in Großbritannien bereits ein Wahlkampf statt, den Harold Wilson auf die Aussicht hin, ein bis zwei Dutzend zusätzliche Sitze zu gewinnen, anti-europäisch ausgerichtet hat. Will er damit seine innenpolitischen Probleme auf das Festland verlagern? Will er die Briten von den drückenden Problemen ihres Landes, von den steigenden Preisen, der Arbeitslosigkeit, den Strukturunterschieden, der Zahlungsbilanz usw., ablenken und ihnen gleichzeitig dafür einen Sündenbock liefern? Europa bedeutet für Wilson in seiner gegenwärtigen Situation offensichtlich wenig, die Macht und die Partei hingegen alles. Er würde vielleicht sogar den von der vorherigen britischen Regierung unterschriebenen und ratifizierten Vertrag brechen — ein in der Politik sehr seltener Vorgang. Vorläufig versucht er es jedoch noch mit einer politischen Erpressung.

Hierauf kann Europa zwei Antworten geben. Einmal könnten die Partnerländer den britischen Wunsch nach „fundamentalen Neuverhandlungen“ in der vagen Hoffnung akzeptieren, auf diesem Wege auch aus dieser Krise herauszukommen. Die Gefahr solch einer Politik liegt darin, daß das britische Beispiel auch in anderen Mitgliedsländern bei Regierungswechseln Schule machen könnte. Die Gemeinschaft würde dann permanent nur noch auf Widerruf bestehen. Ihr Ende wäre abzusehen. Zum anderen könnten die Partnerländer die britische Forderung ablehnen und damit Gefahr laufen, daß Großbritannien tatsächlich aus der EG austritt. Diese Antwort könnte zunächst

den Vorzug haben, daß so die Integrationsqualität gewahrt bleiben würde. Ob die EG jedoch den Austritt Großbritanniens politisch überleben würde, ist sehr zweifelhaft.

Gegen den Austritt Großbritanniens spricht jedoch die politische und ökonomische Rationalität. Politisch wäre Großbritannien dann eine bedeutungslose Kraft zwischen Europa und den USA. Auch seine wirtschaftlichen Probleme kann das Land mit der Gemeinschaft besser lösen als ohne sie. Wilson sollte wissen, daß Europa bereit ist, Großbritannien hierbei zu helfen. Dies zeigten die Agrarmarktverhandlungen, als den Briten Sondersubventionen genehmigt wurden, um ihre Lebensmittelpreise zu stabilisieren. Dieser europäische Wille wird sicherlich auch bei der Konstruktion des Regionalfonds zum Ausdruck kommen. Die Gemeinschaft hat Großbritannien ökonomisch bisher nur Vorteile gebracht, und sie wird dem Land auch in Zukunft wohl kaum schaden.

Wie auch immer sich Wilson entscheiden wird, der spektakuläre britische Schritt zeigte erneut recht deutlich, daß die EG tief in einer Krise steckt. Es ist nicht länger zu verheimlichen, daß die europäische Wirtschafts- und Währungsunion allenfalls nach 1980 realisiert werden kann. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, daß die Partnerländer nicht bereit sind, ihre nationalen Interessen der europäischen Einigung unterzuordnen. In dieser Situation sollten sich die Verantwortlichen daran erinnern, daß die EG zunächst und vor allem eine insgesamt erfolgreiche Zollunion ist mit einer Vielzahl darüber hinausgehender gemeinsamer Probleme. Nur deren Lösung sollte in der nächsten Zukunft pragmatisch angegangen werden ohne den Anspruch, dadurch eine politische Union realisieren zu wollen. Denn hierzu sind die europäischen Staaten offensichtlich noch nicht bereit, wie jetzt auch das britische Vorgehen zeigt.